

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/9226 –

Antisemitismus ächten – Zusammenhalt in Deutschland stärken

2. zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/4245 –

Jüdisches Leben in Deutschland

3. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Guido Westerwelle, Dr. Max Stadler, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 14/9261 –

Antisemitismus ächten – Zusammenhalt in Deutschland stärken

A. Problem

Der Deutsche Bundestag verurteilt Antisemitismus gleich welcher Ausprägung.

Er ist insbesondere besorgt über die in den vergangenen Jahren gestiegene Zahl von antisemitischen Straftaten und Anschlägen gegen jüdische Einrichtungen in Deutschland.

So wurden im Jahr 2001 1 629 antisemitisch motivierte Straftaten registriert. Über 70 Straftaten richteten sich im Jahr 2001 gegen jüdische Einrichtungen.

Es muss alles getan werden, solche schändlichen Taten rasch aufzuklären, die Täter zu bestrafen sowie weiteren Taten wirksam vorzubeugen. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass Juden in Deutschland sicher leben können. Sie haben, wie alle Bürgerinnen und Bürger, Anspruch auf ein Leben ohne Angst. Dass jüdische Einrichtungen in Deutschland einer besonderen Sicherheitsgefährdung unterliegen, ist eine Tatsache, die zu überwinden ist.

Mehr Zivilcourage im Alltag trägt zu einem Klima der Ächtung menschenfeindlicher Äußerungen und Taten bei. Noch mehr als bisher muss Akten des Hasses gegenüber jüdischen Menschen, jüdischen Gemeindezentren und jüdischen Friedhöfen mit Zivilcourage entschieden entgegengetreten werden. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz gegenüber Minderheiten gilt es durch deutlichen Protest und entschiedenes Eintreten für einen zivilisierten, der Demokratie gemäßen Umgang miteinander zu überwinden. Freiheitsfeindlicher Extremismus und Antisemitismus in Wort und Tat darf in Deutschland ebenso wenig geduldet werden wie jede Form von Gewalt.

Die überwältigende Mehrheit der Menschen in unserem Land will ein friedliches Zusammenleben und ist solidarisch mit den jüdischen Gemeinden. Angriffe gegen Juden und auf ihre Gemeinden sind ein Angriff gegen die gesamte Bevölkerung und müssen mit Nachdruck zurückgewiesen sowie mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaats bekämpft werden.

B. Lösung

- 1. Annahme des Antrags auf Drucksache 14/9226 in der Ausschussfassung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**
- 2. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/4245 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS**
- 3. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/9261 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und PDS**

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 14/9226 mit der Maßgabe, unter Punkt 2, 2. Satz das Wort „selbstverständlicher“ zu streichen, im Übrigen unverändert anzunehmen,
2. den Antrag auf Drucksache 14/4245 abzulehnen,
3. den Antrag auf Drucksache 14/9261 abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2002

Der Innenausschuss

Ute Vogt (Pforzheim)
Vorsitzende

Sebastian Edathy
Berichterstatter

Martin Hohmann
Berichterstatter

Cem Özdemir
Berichterstatter

Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Berichterstatter

Petra Pau
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Sebastian Edathy, Martin Hohmann, Cem Özdemir, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig und Petra Pau

I. Überweisung und mitberatende Voten

1. Die Vorlage auf **Drucksache 14/9226** wurde in der 239. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Juni 2002 an den Innenausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

Die Vorlage auf **Drucksache 14/4245** wurde in der 124. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. Oktober 2000 an den Innenausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

Die Vorlage auf **Drucksache 14/9261** wurde in der 239. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Juni 2002 an den Innenausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

2. Zu dem **Antrag** der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – **Drucksache 14/9226**
- Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 132. Sitzung am 12. Juni 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS bei Enthaltung der Fraktion der CDU/CSU, mit der Maßgabe, das Wort „selbstverständlicher“ im 3. Absatz 1. Zeile (Punkt 2, 2. Satz) zu streichen, empfohlen, dem Antrag zuzustimmen.
 - Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 94. Sitzung am 12. Juni 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS, bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, dem Antrag zuzustimmen.
 - Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 78. Sitzung am 12. Juni 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS bei Nichtbeteiligung der Fraktion der CDU/CSU an der Abstimmung die Annahme des Antrags empfohlen.
3. Zu dem **Antrag** der Fraktion der CDU/CSU – **Drucksache 14/4245**
- Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 132. Sitzung am 12. Juni 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und PDS, bei Enthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.
 - Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 94. Sitzung am 12. Juni 2002 bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der

Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

- Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 78. Sitzung am 12. Juni 2002 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und eines Mitglieds der Fraktion der SPD bei Nichtbeteiligung der Fraktion der CDU/CSU an der Abstimmung die Ablehnung des Antrags empfohlen.
4. Zu dem **Antrag** der Abgeordneten Dr. Guido Westerwelle, Dr. Max Stadler, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – **Drucksache 14/9261**
- Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 132. Sitzung am 12. Juni 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag für erledigt zu erklären.
 - Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 94. Sitzung am 12. Juni 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.
 - Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 78. Sitzung am 12. Juni 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Nichtbeteiligung der Fraktion der CDU/CSU an der Abstimmung die Ablehnung des Antrags empfohlen.

II. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat in seiner 99. Sitzung am 12. Juni 2002 den Antrag auf Drucksache 14/9226 sowie die Anträge auf Drucksachen 14/4245 und 14/9261 abschließend beraten.

Hierzu beantragten die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag auf Drucksache 14/9226 unter Punkt 2 im Satz 2 das Wort „selbstverständlicher“ zu streichen. Der Innenausschuss stimmte dieser Änderung einvernehmlich zu.

Der Antrag auf **Drucksache 14/9226** wurde in der Ausschussfassung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS bei Enthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und FDP angenommen.

Der Antrag auf **Drucksache 14/4245** wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktionen der FDP und PDS abgelehnt.

Der Antrag auf **Drucksache 14/9261** wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und PDS abgelehnt.

Zur näheren Begründung wird auf die Anträge auf Drucksachen 14/9226, 14/4245 und 14/9261 hingewiesen.

Berlin, den 12. Juni 2002

Sebastian Edathy
Berichterstatter

Martin Hohmann
Berichterstatter

Cem Özdemir
Berichterstatter

Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Berichterstatter

Petra Pau
Berichterstatterin

